



Das Abstimmungsresultat vom 27. November 2016 ist auf eidgenössischer Ebene gut herausgekommen.

Die Ökodiktatur ist aber noch lange nicht gebannt!

Sehr geehrte Damen und Herren
Liebe Mitglieder und Sympathisanten

Gut 54 % der Stimmenden haben diese grüne Initiative des sofortigen Atomausstiegs abgelehnt. Einmal mehr ist ein Versuch der **Ökodiktaturparteien Grüne, SP und andere linke Mitläufer** gestoppt worden. Gut so, kann man erleichtert sagen, doch ist die Ökodiktatur noch lange nicht gebannt. Der nächste Schritt heisst, **die Energiestrategie 2050**, die eine Parlamentsmehrheit angenommen hat. Am 30. September 2016 hat dieses Gesetz mit gütiger Hilfe von vielen linken FDP und CVP Parlamentariern eine Mehrheit im National- und Ständerat gefunden. Anschliessend hat die SVP zusammen mit rechten FDP und CVP Parlamentariern das Referendum dagegen eingeleitet. Die einzige Bundesratspartei, die geschlossen gegen dieses erneute Gesetz der **reinsten Ökodiktatur** gestimmt hat, ist wiederum die SVP.

Um was geht es bei dieser Energiestrategie 2050:

- Eine **Verdoppelung** des **Heizölpreises** («Lenkungsabgaben», die masslos erhöht werden)
- **26 Rappen mehr Steuern für das Benzin**. (Zusätzlich zu den 4 Rappen vom FABI-Fond, über den wir am 12. Februar 2017 abstimmen werden)
- **Fehlende Versorgungssicherheit, da Kernkraftwerke endgültig verboten werden**. Stromausfälle können sehr oft vorkommen, da die **Auslandabhängigkeit total** wird. Schwankungen bis hin zum **Netzzusammenbruch** wegen den überlasteten Leitungen werden zum Normalfall.
- **«Dreckstrom» aus deutschen Kohlekraftwerken** werden eingekauft. Im eigenen Land müssen wir aber **enorm hohe und teure Energievorschriften** einhalten.
- **Es gibt mehr Bürokratie und Vorschriften**. Waschen und Staubsaugen wären nur noch in den Randstunden erlaubt. **Ölheizungen sollen ab 2029 verboten werden**.
- **Landschaftsverschandelung** durch über 6000 teure Windräder. Zwang durch Verordnungen zur Montage von Solardächern, die der Hausbesitzer selber bezahlen muss.
- Heute decken **Kernkraftwerke zu 38 bis 40 Prozent** den Strombedarf der Schweiz. Dieser Anteil fällt weg und wird durch teuren Strom von Solaranlagen und Windkraftwerken ersetzt. Diese Versorgung mit **«Flutterenergie»**, da in der Schweiz nicht genügend Wind und Sonne dauernd vorkommt, bringt die **Versorgungslücken**. Der Strom wird um ein **vielfaches teurer** und mit Lenkungsabgaben noch zusätzlich verteuert.
- **Verlust von Arbeitsplätzen und Wohlstand** ist somit vorgespurt.
- **Zwang zur 2000 Watt Gesellschaft als reine Ökodiktatur** ist am Schluss geplant.



- **Wohlstandsverlust von gut 3'200.- Fr. Mehrkosten pro Jahr und Familie.** Für den unteren und mittleren Mittelstand werden damit fast alle Ferienbudgets aufgebraucht. **Alles wird teurer, nichts wird besser – das ist Ökodiktatur!**

Unterschreiben Sie das Referendum gegen das neue Energiegesetz umgehend!

Die Referendumsfrist läuft am 6. Januar 2017 ab. **Das REFERENDUM muss zustande kommen!** Abstimmen können wir dann im Jahr 2017.



Keine Ferien mehr?

+3'200 Fr.
Mehrkosten/Jahr
pro Familie

Jetzt unterschreiben!

Ruinöses Energiegesetz NEIN www.energiegesetz-nein.ch

Im Kanton Aargau ist der 5. Regierungsratssitz von der bürgerlichen Kandidatin der SVP gewonnen worden!

Franziska Roth von Brugg erreichte im 2. Wahlgang am 27. November 2016 mit rund 10'000 Stimmen mehr als die ganz linke SP Kandidatin Feri und noch viel deutlicher mit rund 22'000 Stimmen mehr als die links-bürgerliche BDP Kandidatin Bally. Linksbürgerliche wollten ja in keinem Fall eine SVP Frau wählen. Wir von der **auto-partei.ch Aargau** freuen uns über dieses Resultat und **gratulieren Franziska Roth für ihre 61'160 Stimmen im 2. Wahlgang.** Endlich hat es die SVP geschafft, erstmals einen 2. Sitz zu erobern. Vorher war für lange 8 Jahre eine grüne Kandidatin, die das Dossier Flüchtlingspolitik und Militär innehatte. Wir haben genug von der linken Politik von solchen Exekutivpolitikern. Davor hatte die kleinste Bundesratspartei die CVP für 8 Jahre 2 Sitze im Regierungsrat, davor die FDP und noch vorher die SP. Endlich hat die stärkste Aargauer Partei – mit einer Wählerstärke von 30 bis 35 % 2 Sitze im fünfköpfigen Regierungsrat erhalten. **Wir bürgerliche Aargauer können nun stolz auf unseren Kanton sein.** Eine Mehrheit



hat nun begriffen, dass die bürgerliche Politik der linken Umverteilungs- und Verbots politik im Namen von uns als Mittelstand Einhalt geboten werden muss!

Skandal in der westlichsten Aargauer Gemeinde Murgenthal! – Nein zu der flächendeckenden 30er Zone!



An der Gemeindeversammlung vom 25. November 2016 ist doch ein Antrag des Gemeinderates von Murgenthal mit 63 Ja zu 29 Nein bei 11 Enthaltungen durchgekommen. Wir leben auf dem Land. Murgenthal ist flächenmässig die viertgrösste und westlichste Gemeinde des Kantons. Diese 30er-Zone umfasst das ganze Gebiet von Riken mit der Bergstrasse als Durchgangsstrasse, die aber leider eine Gemeindestrasse ist. Auf einer Kantonsstrasse wäre ein derartiges **«Schleich-Tempo» mit Eingangspforten** verboten. Dann umfasst diese 30er-Zone das Gebiet Weid bis hinunter in den Talboden zur Friedau. Die Weidstrasse verläuft in einem Teil über offenes Feld. Dazu ist in Riken noch die Roggenstrasse, die eine gut ausgebaute Zufahrtsstrasse mit Gehsteig ist, die in dieser 30er-Zone liegt. Dort sollen unnötige Parkplätze und Betonquader geplant sein. Abgestimmt wurde über ein Planungskredit von 67'000.- Franken, die man an ein **linkes Planungsbüro für «Verkehrsberuhigungsmassnahmen»** vergeben will. Ich wohne seit 30 Jahren an der Weidstrasse. Nie ist ein Verkehrsunfall mit Autos polizeilich registriert worden. Nur 2 Selbstunfälle von Fahrradfahrern sind aktenkundig registriert.

Was ist passiert? Irgendwie haben ein paar Linke und Linksbürgerliche zusammen mit der Schulpflege den Gemeinderat überschwatzt, eine flächendeckende 30-Zone zu planen. Wir sind auf dem Land, es gibt auf den Gemeindestrassen keine Verkehrsprobleme. Wir brauchen in keiner Art und Weise **«Verkehrsberuhigungsmassnahmen»**, wie das in politisch **linken Städten** und



ihren Vororten zur Mode und üblich geworden ist. Vor wenigen Jahren hat man solches Ansinnen abgelehnt. Es passt nicht zu Murgenthal und ist eine reine **Autohasser-Massnahme!** Der eigentliche Skandal ist auch, dass der FDP Gemeindeammann (=Gemeindepräsident im Aargau) und der Vize-Ammann, der sich zur SVP zählt, so einen Vorschlag plötzlich gutheissen. Sie waren früher auch gegen Tempo 30, doch seien sie nun bekehrt worden.

Wir ergreifen natürlich das **Referendumsbegehren** gegen diesen Gemeindebeschluss. Diese **Geldverschwendung von 67'000.- Franken** und diese **schikanöse unsinnige 30-Zone** als **Radarfalle** an Berg- und Weidstrasse müssen wir bekämpfen. Die Referendumszeit läuft nur einen Monat bis zum 3. Januar 2017. In Murgenthal braucht es aber 20% der Stimmberechtigten, die dieses Referendumsbegehren unterschreiben, um im Mai dann darüber abstimmen zu können. In der Aargauer Gemeinde Safenwil hat ein derartiges Referendum grossen Erfolg gehabt. Die flächendeckende 30er-Zone wurde an der Urne klar abgelehnt. In Safenwil hat es aber nur 10% der Unterschriften von den Stimmberechtigten gebraucht, um ein solches Referendum zustande zu bringen. Dies ist wohl in Murgenthal doppelt so schwierig. Nach Kantonsverfassung können die Gemeinden die Unterschriftenzahl für Referenden in ihren Gemeinden zwischen 10% bis 25% selber bestimmen. Hoffen wir auf das Beste, damit das Referendum zustande kommt.

Herzliche Grüsse



Frank Karli, *Präsident auto-partei.ch u. Kantonalpräsident Aargau*

Zur Erinnerung

Am **4. März 2001** haben die Stimmbürger die **eidgenössische Volksinitiative «für mehr Verkehrssicherheit durch Tempo 30 innerorts mit Ausnahmen (Strassen für alle)»**

mit 79.7 % NEIN abgelehnt

Stimmbeteiligung 55.79%

Eidgenössische Volksinitiative 'für mehr Verkehrssicherheit durch Tempo 30 innerorts mit Ausnahmen (Strassen für alle)'						
	Ja		Nein	% Ja	% Nein	
Volk	525'609		2'063'314	20.3		79.7
Stände	0		20 6/2			

Quelle: <https://www.admin.ch/ch/d/pore/va/20010304/det476.html>